

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 40/011/2011/2

Kreistag am 27.06.2011

Zu Punkt 14: Zukunft der Kompetenzagentur Kreis Mettmann

KA Gödde erläutert zunächst als Berichterstatter die wesentlichen Hintergründe der Vorlage sowie den Beratungsverlauf in der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur und des Sozialausschusses.

Auf seinen Hinweis hin erklärt Frau Haase, dass Herr Freund, Leiter des Amtes für Schulen und Kultur, ein Interview zur Zukunft der Kompetenzagentur gegeben habe, aus dem nachweislich falsch zitiert bzw. aus dem ein falscher Sachzusammenhang hergestellt wurde. Dies wurde von Landrat Hendele anschließend klargestellt, um Missverständnisse zu vermeiden.

Die Fraktionen nehmen anschließend grundsätzlich zur Frage der Zukunft der Kompetenzagentur Stellung.

KA Carraro erläutert zunächst den Antrag seiner Fraktion (**Anlage 4**) und zeigt sich über das Verfahren des Bundes im Zusammenhang mit der weiteren Förderung von Kompetenzagenturen verärgert.

Er macht deutlich, dass seine Fraktion bisher Beschlüsse, nicht für wegbrechende Bundes- oder Landesmittel einzustehen, mitgetragen habe. Im Fall der Kompetenzagentur handele es sich im Gegensatz zu bisherigen betroffenen (freiwilligen) Aufgaben um Pflichtaufgaben, die durch die kreisangehörigen Städte zu erledigen sind. Da jedoch nicht mehr alle Städte entsprechende Strukturen vorhalten, spricht sich seine Fraktion dafür aus, für einen Übergangszeitraum diese Aufgaben durch den Kreis als Solidargemeinschaft für das gesamte Kreisgebiet zu übernehmen und entsprechend finanzielle Mittel des Kreises zur Verfügung zu stellen. Langfristig sollen die notwendigen Strukturen in den Städten wieder geschaffen und die Aufgaben durch die Gemeinden übernommen werden. Er sieht die Gefahr, dass den Jugendlichen Chancen genommen werden, sollte die Kompetenzagentur nicht weitergeführt werden. Es sei den Betroffenen nicht zu vermitteln, warum öffentliche Mittel zur Rettung anderer Staaten, aber nicht in die Zukunft der Jugendlichen vor Ort investiert würden.

Außerdem sei es letztlich günstiger, Geld in die Kompetenzagentur zu investieren, als dauerhaft Sozialleistungen an die betroffenen Jugendlichen auszuzahlen.

Er weist darauf hin, dass die Entscheidung aus der Runde der Dezernenten nicht bindend sei, da ausschließlich die Räte hierüber zu befinden hätten.

KA Köster-Flashar und KA Dr. Ibold machen deutlich, dass ihre Fraktion den Antrag der SPD-Fraktion unterstützt. KA Dr. Ibold bittet darum, die Diskussion auch unter dem Aspekt des „sozialen Kahlschlags“ zu führen. Seiner Auffassung nach werde mit der Verantwortung für zukünftige Generationen gespielt.

KA Lassmann bittet darum, die derzeit im Haushalt eingestellten Mittel für die Kompetenzagentur vollumfänglich für deren Weiterführung einzusetzen.

KA Gödde erinnert an den Hinweis des Gutachters Dr. Garbe, die Kompetenzagentur nicht zu zerschlagen, solange man keine Alternativlösung gefunden habe.

KA Völker verweist auf das Votum der kreisangehörigen Städte, wonach keine einheitliche Zustimmung zur Fortführung der Kompetenzagentur mit Finanzmitteln des Kreises vorliegt. Er bittet zudem um getrennte Abstimmung der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages der SPD-Fraktion. Diesen Punkt trage seine Fraktion mit, lehne den Antrag im Übrigen jedoch ab. Er weist darauf hin, dass er, bei Annahme des in der Vorlage dargestellten Beschlusses, von der Verwaltung bis Ende des Jahres

2011 ein Konzept erwartet, wie die bisherigen Aufgaben der Kompetenzagentur künftig bedarfsgerecht wahrgenommen werden können.

KA Wedel macht deutlich, dass der Kreis keine Pflichtaufgaben der kreisangehörigen Städte übernehmen darf, wenn diese nicht ausdrücklich damit einverstanden sind. Er weist darauf hin, dass sich die Rahmenbedingungen im laufenden Verfahren wesentlich geändert haben:

1. Die Städte stimmen einer Übernahme der Aufgabe durch den Kreis nicht einhellig zu.
2. Die Zuständigkeit für Jugendliche U25 liegt künftig bei der Bundesagentur für Arbeit.
3. Die Höhe der in Aussicht gestellten Fördersumme wurde drastisch reduziert.

Zudem gebe es seitens der Städte eindeutig das Votum, die Kompetenzagentur über 2013 hinaus nicht weiter zu fördern.

Die seitens der SPD-Fraktion geäußerte Kritik am Verfahren des zuständigen Bundesministeriums trägt seine Fraktion grundsätzlich mit.

KA Horzella bittet um getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern des in der Vorlage dargestellten Beschlussvorschlages. Er erinnert an die Diskussion zur Frage, ob der Kreis den Optionsantrag stellen solle. Im Zuge dessen wurde mehrfach und einvernehmlich darauf hingewiesen, dass wegfallende Bundes- nicht durch Kreismittel kompensiert werden sollen. Außerdem habe man den kreisangehörigen Städten im Zuge der Haushaltsberatungen zugesichert, Verbesserungen im Kreishaushalt an die Städte weiterzuleiten. Für die Übernahme einer neuen, freiwilligen Aufgabe sehe er daher keinen Spielraum.

KA Küchler und KA Koester sprechen sich dafür aus, die seitens der SPD-Fraktion beantragte Übergangslösung mitzutragen und sehen den Kreis in moralischer und sozialer Verpflichtung gegenüber den betroffenen Jugendlichen.

Nach abschließender Diskussion erklärt Landrat Hendele, dass zu Beginn der Arbeit der Kompetenzagentur der Fehler begangen wurde, die Sozialarbeiter in den städtischen Jugendämtern zu integrieren. Die habe dazu geführt, dass einige Städte ihre Pflichtaufgaben unzulässigerweise aufgeben haben.

KA Gödde und KA Küchler beantragen namentliche Abstimmung über Ziffer 1, 2, 4 und 5 des Antrages der SPD-Fraktion.

KA Völker beantragt im Namen der CDU-Fraktion geheime Abstimmung zu diesen Ziffern.

Anschließend erfolgt zunächst die Abstimmung über Ziffer 3 des SPD-Antrages.

Beschluss:

Der Kreistag appelliert an die Bundesregierung, die kurzfristige und überzogene Kürzung der Fördermittel zurückzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, die Forderung des Kreistages der Bundesregierung zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen
33 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
17 Ja-Stimmen SPD-Fraktion
11 Ja-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
9 Nein-Stimmen FDP-Fraktion
4 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME
3 Ja-Stimmen Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme KA Schneider
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Anschließend stellt Landrat Hendele die übrigen Ziffern des SPD-Antrages zur Abstimmung.

Für die technische Durchführung der Abstimmung und die Auszählung der Stimmen werden KA Wladarz (CDU), KA Lachmann (SPD), KA Emmeler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), KA Enke (FDP), KA Ratajczak (UWG-ME) und KA Trube (DIE LINKE.) benannt.

Das Wahlergebnis der sich anschließenden geheimen Abstimmung stellt der Landrat wie folgt fest:

A b s t i m m u n g s e r g e b n i s

ausgegebene Stimmen:	79
abgegebene Stimmen:	79
davon: ungültige Stimmen:	---
davon: Stimmenthaltungen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf	Ja	35 Stimmen
	Nein	43 Stimmen

Landrat Hendele stellt fest, dass der Antrag der SPD-Fraktion somit mehrheitlich abgelehnt wurde.

Abschließend erfolgt die Abstimmung über den in der Vorlage dargestellten Beschlussvorschlag, getrennt nach den einzelnen Ziffern.

Beschluss:

Der Kreis Mettmann wird über den 31.08.2011 hinaus keinen Antrag zur Fortführung der Kompetenzagentur Kreis Mettmann stellen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
33 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
17 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
11 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90DIE GRÜNEN
9 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME
2 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME
3 Nein-Stimmen Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme KA Schneider
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Beschluss:

Der in der Kreisausschusssitzung vom 11.09.2008 gefasste Beschluss

Der Kreis Mettmann übernimmt ab dem 01.01.2009 die Eigenanteile der Städte Heiligenhaus und Velbert an den dortigen Kompetenzagenturen im Umfang von jeweils 35% der Gesamtausgaben.

wird mit Wirkung zum 31.08.2011 aufgehoben.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich angenommen**
33 Ja-Stimmen CDU-Fraktion
17 Nein-Stimmen SPD-Fraktion
11 Nein-Stimmen Fraktion BÜNDNIS 90DIE GRÜNEN
9 Ja-Stimmen FDP-Fraktion
2 Ja-Stimmen Fraktion UWG-ME
2 Nein-Stimmen Fraktion UWG-ME
3 Nein-Stimmen Fraktion DIE LINKE.
1 Ja-Stimme KA Schneider
1 Ja-Stimme Landrat Hendele

Beschluss:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Städten, der Arbeitsagentur, dem Jobcenter sowie den Jugendmigrationsdiensten ein Konzept vorzulegen, wie die bisherigen Aufgaben der Kompetenzagentur künftig bedarfsgerecht wahrgenommen werden können. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass die kreisangehörigen Städte ihre Verpflichtungen aus der Jugendhilfe wieder vollumfänglich wahrnehmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen bei 11 Enthaltungen der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Das Ergebnis der Beratungen aus der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur und des Sozialausschusses sowie aus der Sitzung des Kreisausschusses vom 09.06.2011 finden Sie zur Ursprungsvorlage 40/011/2011/1.